

PAUL DREWE/ERNST-ULRICH SCHUMANN

Größere Aufgaben für die Städte-Statistik

I. Allgemeines

Jeder Versuch, die Stadtentwicklung politisch zu kontrollieren, anstatt sie dem Zufall zu überlassen, erfordert statistische Informationen. Ein politischer Planungsstab hält sich als erstes an die Statistik, um Erfahrungswerte zu bekommen. Ein politischer Planungsstab braucht also eine Art Datenbank. Die reine Zahlensammlung allein ist nur eine Funktion der Datenbank. Sie kann dem Planungsstab darüber hinaus auch Interpretationen der gesammelten Daten liefern, vor allem die aus Fakten entwickelten Prognosen¹.

Wieweit hat sich nun die Statistik schon darauf eingestellt? Leider sind die entsprechenden Bemühungen im wesentlichen noch sehr zaghaft. Man verzettelt sich zu sehr in Details, in vielen Einzelangaben, ohne die Generalaufgabe eindeutig zu umreißen und überhaupt erkannt zu haben. Das Problem besteht darin, daß zu den Daten der amtlichen Statistik nicht ohne weiteres zusätzliche Daten erhoben werden können, wenn die gesetzliche Grundlage nicht vorhanden ist. Und zusätzliche Daten sind mehr als erforderlich,

da die vorgeschriebenen und im Minimalprogramm der amtlichen Statistik erhobenen Angaben nicht ausreichend sind².

Wir können also sagen, daß die Aufgaben der Statistik ganz neu gestaltet werden müssen, wenn die amtliche Städte-Statistik ihren neuen erweiterten Aufgaben voll und ganz gerecht werden will.

Welche Wege führen nun dahin? Man muß sich zu allererst daran gewöhnen, die statistischen Abteilungen in den Gemeinden, vor allen Dingen in den Landkreisen, wesentlich zu vergrößern und in starkem Maße mit Fachleuten zu besetzen. Das bedingt natürlich eine Änderung im Konzept der Bezahlung, denn die Fachleute würden in der Hauptsache gute Spezialisten der Statistik, der Soziologie, ganz allgemein der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, aber auch der Politologie sein, das heißt, im allgemeinen wird man auf Fachleute zurückgreifen müssen, die auf Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultäten ausgebildet worden sind.

Hier sei nur kurz dazu bemerkt, daß die noch allgemein spürbare Priorität der Juristen in den Verwaltungen unseres Erachtens ein Zopf aus alter Zeit ist, in der neben den Fächern Medizin, Theologie und Philosophie die Juristerei die einzige Wissenschaft war, die den alltäglichen Realitäten am nächsten kam. Auf die Schwierigkeiten der Bewältigung des Problems „Juristen in ihren Stellungen“ weist besonders *Kaupen* in einer Arbeit hin³.

Wir müssen da heute umdenken und dieses Reservoir an Arbeitsplätzen mit den dazugehörigen Spitzenpositionen wohl mehr oder weniger den Diplom-Betriebswirten, den Diplom-Volkswirten und den Diplom-Kaufleuten überlassen. Dabei wäre aber zu erwähnen, daß verschiedene Universitäten ihren Diplom-Kandidaten auf dem sozialwissen-

Anmerkung der Verfasser: Die Integrierung des Aufgabenbereichs „Stadtentwicklung“ ist in den Kommunalverwaltungen Deutschlands bis heute recht unterschiedlich angegangen worden. So hat 1969 die Stadt Wuppertal ein Dezernat (und Amt) für Stadtentwicklung und Raumordnung eingerichtet. In München ist das Investitionsamt seit Mitte 1970 in ein Referat Stadtentwicklung umgewandelt worden. In den Städten Kiel, Essen, Duisburg, Ludwigshafen, Wiesbaden sind jeweils Ämter für Stadtentwicklung beim Oberstadtdirektor bzw. beim Oberbürgermeister aufgebaut worden.

Es hat sich erwiesen, daß es sinnvoll ist, den Aufgabenbereich der Stadtentwicklung von der Statistik abzutrennen, damit er wirklich neu und ohne Vorbelastung angegangen werden kann. Vor allem hat es sich eindeutig gezeigt, daß in den Zeiten, in denen Auftragsarbeiten (Wahlen und Zählungen jeder Art) das Statistische Amt stark belasten, alle anderen Arbeiten (wie Stadtforschung und Stadtentwicklung) darunter leiden. Dieses Setzen von Prioritäten wird aber der Aufgabenstellung nicht gerecht.

Die eigentliche Installierung (das Wo und Wie) in der Verwaltung müßte bei den neu eingerichteten Ämtern nach einer gewissen Zeit der Erfahrung untersucht werden. Danach wäre zu entscheiden, welche Form der Einrichtung optimalen Nutzen bringen wird.

¹ *Klaassen, L. H.*: Plädoyer für eine kommunale Wirtschaftspolitik. – Leverkusen 1968. = Beiträge zur Stadtforschung, H. 3. Hrsg.: Stat. Amt der Stadt Leverkusen.

² Das beweist *Zühlke* mit seiner Arbeit über die Wanderungen: *Zühlke, W.*: Zu- und Abwanderung im Ruhrgebiet 1966. Ergebnisse einer Umfrage. Hrsg.: Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk. – Essen 1967. Ebenfalls sei zu erwähnen: Wirtschaftliche und soziale Verflechtungen im Raum Pforzheim. – Pforzheim 1967. = Amt für Wirtschaft, Verkehr und Statistik der Stadt Pforzheim, Sonderschrift Nr. 42.

³ Unveröffentlichtes Manuskript von *Kaupen*, Soziologische Abteilung des Institutes für Mittelstandsforschung, Köln.

schaftlichen Sektor andere Titel als Abschluß verleihen als die drei oben erwähnten. Hierin sehen wir aber kein allzu großes Problem, sofern der sozialwissenschaftliche Lehrstoff der gleiche ist.

So müßte man in den Kommunalverwaltungen für angehende Diplom-Kandidaten, ähnlich wie für junge Referendare, Arbeitsplätze und Arbeitsräume zur Verfügung stellen.

Boustedt weist sehr richtig auf die Problematik der Fachneuorientierung in der Städte-Statistik hin, indem er in seiner Konzeption für die Stadtentwicklungsplanung umreißt, welche Daten bei der Aufstellung eines Stadtentwicklungsplanes benötigt werden:

„Im allgemeinen wird man aber feststellen können, daß die amtliche Statistik in ihrer heutigen Form für die Zwecke der regionalen Wirtschaftspolitik und Regionalentwicklungsplanung verhältnismäßig wenig Daten zur Verfügung stellen kann, da diese sich mit dem Vergleich von Strukturdaten, die zudem nur in größeren Zeitabständen anfallen, nicht begnügen kann, sondern sich auch über laufende Veränderungen unterrichten muß. Sie wird sich daher für diese Zwecke vermutlich in wachsendem Maße der Methoden der Marktforschung und der empirischen Sozialforschung bedienen müssen, d. h. eigene, auf die jeweilig wechselnden Bedürfnisse und ebenso wechselnden örtlichen Gegebenheiten abgestellten, repräsentativen Interviewererhebungen stützen müssen. Auch hierbei wird die amtliche Statistik zweifellos nicht völlig unbeteiligt bleiben, denn sie wird immerhin ihre Erfahrungen beim Aufbau und bei der Durchführung solcher Erhebungen anzubieten haben, ganz abgesehen davon, daß ihre Grunddaten immer wieder als Basis für das Ziehen der Stichproben Verwendung finden können“⁴.

Kleine Gemeinden können eine solche Konzeption nicht allein und aus eigener Kraft verwirklichen, wohl aber Großgemeinden von 200 000 bis 250 000 Einwohnern. Man muß also bei Neubildungen von Großgemeinden besonders darauf achten, daß wesentliche Funktionen an eine Art „Überverwaltung“ abgetreten werden, in der Hauptsache wohl die Stadtentwicklungsplanung, einschließlich der Bau- und Finanzplanung. Das könnte dann auch weniger dazu verleiten, die Vorbereitungen der kommunalen Neugliederung im stillen Kämmerlein zu betreiben; denn man kann mit Neugliederungsplänen beruhigter in die Öffentlichkeit gehen, die von dieser Aktion ja betroffen wird. Auch können so, unserer Meinung nach, Konsequenzen wesentlich sachlicher diskutiert werden. Das Problem der Stellsenzusammenlegung in den einzelnen Verwaltungen, speziell bei den höher dotierten Stellen, erscheint dann in einem anderem Licht, da ja auch die Funktionen neu verteilt werden müssen.

Generell aber meinen wir, daß die Neugliederung von Großgemeinden soweit wie möglich auf freiwilliger Basis, das heißt mit Zustimmung der Beteiligten, wenn möglich

sogar auf deren Initiative hin, erfolgen sollte. Eine vom Land mehr oder weniger aufgezwungene Neugliederung schafft selten ein gutes Klima für zukünftige großräumige Planungen.

Eine vielleicht beispielhafte Form einer „Überverwaltung“ im hier propagierten Sinne stellt der Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk dar. Rein organisatorisch weist er den Vorteil auf, durch eine teilweise Delegation gemeindlicher Autonomie entstanden zu sein.

II. Beispiel

Als Beispiel für die Neuorientierung in der Städte-Statistik sollen uns die Wanderungen dienen, die zur Zeit fast überall in der Bundesrepublik zum Problem geworden sind: bei einigen Gemeinden durch starken und schnelleren Zuwachs, bei anderen Gemeinden durch starke und schnelle Abnahme.

Die amtliche Statistik sammelt zwar über die Wanderungen enorm viele Daten, aber sie war bisher nicht in der Lage, dieses Datenmaterial irgendwo, zum Beispiel bei Bevölkerungsprognosen, praktisch zu verwenden. Außer bei extrapolierten Schätzungen ist man heute noch nicht in der Lage, Wanderungen irgendwie sicher zu bestimmen oder zu berechnen. So zum Beispiel eine der Bevölkerungsprognosen mit Wanderungen des Landes Nordrhein-Westfalen (erstellt vom Statistischen Landesamt), die wegen nicht ausreichender Voraussetzungen schon am Tage ihres Erscheinens in Frage gestellt werden muß.

Wir kennen die Bestimmungsfaktoren einer Bevölkerungsprognose aufgrund der natürlichen Bevölkerungsentwicklung, nämlich der Geburten und Sterbefälle. Wir können auch diese Faktoren jeweils so gestalten, daß die Sicherheit der Prognose ein Höchstmaß an Genauigkeit darstellt. Wir kennen aber keine Bestimmungsfaktoren, die für eine Bevölkerungsprognose mit Wanderungen notwendig sind.

Auf der anderen Seite ist der Informationsgehalt der amtlichen Statistik bisher nur selten ausgeschöpft worden. Die bereits im 19. Jahrhundert in den Sozialwissenschaften praktizierte ökologische Analyse solcher Aggregatdaten hat durch die Möglichkeiten elektronischer Datenverarbeitung einen erheblichen Aufschwung erhalten, vor allem in den USA⁵, aber auch in den skandinavischen und anderen europäischen Ländern, kaum jedoch in der Bundesrepublik. Vielfach erliegen die Statistiker noch allzu leicht der Versuchung des Computers, durch den die bei ökologischen Analysen nötigen langwierigen Rechenoperationen auf ein Minimum reduziert werden; man probiert alles erst einmal aus. Man korreliert jedes Datum mit jedem. Modelle oder sonstige fixierte Vorstellungen über den Zusammenhang der verschiedenen statistischen Daten einerseits und der Wanderungsrate andererseits werden jedoch seltener getestet, ob-

⁴ *Boustedt, O.*: Die Stadtplanung und ihr Bedarf an statistischen Zahlen. In: Allgemeines Statistisches Archiv, Bd. 51 (1967) H. 2/3, S. 446.

⁵ *Beshers, J. M.* (ed.): Computer Methods in the Analysis of Large-Scale Social Systems. Joint Center for Urban Studies of the Massachusetts Institute of Technology and Harvard University.

wohl sie leichter verfügbar sind und obwohl sie bessere Ergebnisse versprechen, wie Modelle bei *Stouffer* u. a. zeigen.

So sind Gründe, die für Wanderungen ausschlaggebend sein können, noch nicht einmal annähernd bestimmt worden. Aktionsorientierte, also praxisbezogene Untersuchungen sind in der Bundesrepublik noch eine Seltenheit.

Hiermit machte das Institut für vergleichende Sozialforschung in Köln in seiner Studie über den Oberbergischen Kreis einen Anfang⁶. *Zühlke* griff diese Problematik für den Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk Essen ebenfalls auf⁷. Aber dort treten deutlich die Schwierigkeiten auf, die solche Studien mit sich bringen. Ohne ein klares und eindeutiges Konzept, wie man gewonnene Ergebnisse verwenden will, sollte man derartige Untersuchungen oder Studien nicht beginnen. *Zühlkes* Arbeit ist daher nur eine Materialsammlung geblieben. Die Studie über den Oberbergischen Kreis ist erst mit Verspätung – im Rahmen einer Dissertation – veröffentlicht worden. Das daraus resultierende, immerhin schon interdisziplinär erarbeitete Entwicklungsprogramm für den Oberbergischen Kreis liegt im Nordrhein-westfälischen Wirtschaftsministerium in einer Schublade unter Verschuß.

Der gegenwärtige wissenschaftliche Stand der Soziologie der Wanderung ist nicht gerade ermutigend. Aber weitere aktionsorientierte Studien, also Versuche, die vorliegenden theoretischen Ansätze praktisch anzuwenden, könnten dazu beitragen, die Spreu vom Weizen zu trennen⁸.

Welche Möglichkeiten bieten sich nun an, in der Wanderungsforschung brauchbares Material zu gewinnen, das für eine Bevölkerungsprognose einschließlich der Wanderungen notwendig ist? Um in dieser Problematik einen Schritt weiter zu kommen, schlagen wir folgendes Konzept vor.

⁶ Drewe, P.: Der Beitrag der Sozialforschung zur Regional- und Stadtplanung. – Meisenheim/Glan 1968. Drewe, P.: Sozialforschung in der Regional- und Stadtplanung. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 18. Jg. (1966) H. 1, S. 102–112.

⁷ Zühlke, W., a. a. O.

⁸ Die Soziologie der Wanderung ist bereits zu einem umfangreichen Gebiet angewachsen. Albrechts Bibliographie enthält z. B. 745 Titel. Vgl. Albrecht, G.: Zur Soziologie der Wanderung. Versuch einer Entwicklung theoretischer Konzepte zur geographischen Mobilität und Überprüfung einiger Hypothesen an Hand einer Sekundäranalyse. Hausarbeit innerhalb der Prüfung für das Lehramt an höheren Schulen. – Köln 1967. Die bisher vorliegenden theoretischen Beiträge zur Soziologie der Wanderung sind äußerst heterogen. Die verschiedenen Ansätze stehen häufig einfach nebeneinander.

Wir halten gegenwärtig insbesondere folgende Ansätze für planungsrelevant:

a) auf der Basis von Aggregatdaten: Lowry, Ira S.: Migration and Metropolitan Growth: Two Analytical Methods. – San Francisco 1964.

Drewe, Paul: Steps towards Action-Oriented Migration. Research Paper presented at the meeting of the Regional Science Association, Dutch-speaking Section. – Rotterdam (1970) 24. März.

b) auf der Basis von Umfragedaten: Rossi, Peter H.: Why Families Move. A Study in the Social Psychology of Urban Residential Mobility. – Glencoe/Ill. 1955. Vgl. hierzu auch Leslie, Gerald L.; Arthur H. Richardson: Life-Cycle, Career Pattern, and Decision to Move. In: American Sociological Review. Bd. 26 (1961) S. 894–902.

1. Intensivere Auswertung der Anmeldescheine

Der Beruf, der auf den Meldescheinen angegeben ist, muß zusätzlich ausgewertet werden, desgleichen die Familienzusammensetzung und ihre Größe. Familiengröße wird zwar von den Statistischen Landesämtern – so in Nordrhein-Westfalen – ausgewertet, müßte aber auch bei allen Gemeinden als Information anfallen.

2. Interviews in den Meldeämtern

Die Befragung in den Meldeämtern erscheint uns deswegen von Vorteil, weil hier Informationen von Personen, die gerade wandern, gewonnen werden können. Die Wanderung ist hier also ein Tatbestand. Diese Art der Information hat auch *Zühlke* seiner Studie über die Wanderungen zugrunde gelegt. Wissenschaftlich gesehen, müssen alle Erklärungen der Wanderung, die allein auf solchen Angaben fußen, problematisch erscheinen: Es fehlt hier die Kontrollgruppe der „Sesshaften“, d. h. der nicht mobilen Teile der Bevölkerung, und es fehlen Informationen über die Bestimmungsgründe eben jener Sesshaften.

3. Interviews in ausgewählten Wohngebieten

Eine Befragung in verschiedenen Wohngebieten soll die Mobilitätsabsicht erfassen helfen. Hier kann eventuell in Relation zu der Befragung im Meldeamt auf die generelle Mobilität der Bevölkerung geschlossen werden. Wahrscheinlich muß dabei regional recht tief gegliedert werden, d. h. die Ebene der Erhebung müssen Stadtbezirke oder Wohngebiete sein. Durch Interviews in ausgewählten Wohngebieten lassen sich die potentiellen Abwanderer einerseits und der sesshafte Teil der Bevölkerung andererseits sowie genaue Gründe für Mobilität und Sesshaftigkeit ermitteln. Erst diese Informationen bilden eine zuverlässige Basis für Prognosen der zukünftigen Wanderungsbewegung.

Man kann zum Beispiel die soziale Schichtung als gemeinsame Basis für einen Vergleich dieser drei Methoden heranziehen. Eine Untergliederung nach einzelnen Schichtungskriterien, die in der Art erfolgte, wie *Scheuch* sie vorgeschlagen hat⁹, ist möglicherweise ein recht genaues Kriterium für die geographische Mobilität einer Bevölkerung.

Auch der Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk hat eine Querschnittsbefragung zum Thema Mobilität und Sesshaftigkeit im Ruhrgebiet durchgeführt (Bearbeitung: Prof. Dr. F. Landwehrmann, Bochum).

Bei solchen Befragungen ergeben sich aber Schwierigkeiten für die Städte-Statistik. Auf welcher Grundlage lassen sich diese Befragungen in Wohngebieten – zumal da sie auch über die Verwaltungsgrenzen hinaus gehen können – durchführen, und zwar so, daß sie weitgehend in der Hand des Statistischen Amtes bleiben können? Hier müßte eine genaue Klärung stattfinden; so müßten Möglichkeiten für die

⁹ Scheuch, E. K.; H. Daheim: Sozialprestige und soziale Schichtung. S. 65–103 in: Soziale Schichtung und soziale Mobilität. – Köln u. Opladen, 1961.

Städte-Statistik geschaffen werden, freier arbeiten zu können, ohne zu sehr durch amtliche Institutionen gebunden zu sein.

Sicherlich kann immer auf Institute ausgewichen werden, sowohl auf kommerzielle als auch auf wissenschaftliche (die dann allerdings auch kommerziell werden). Der Vorteil, der sich ergibt, wenn solche Untersuchungen von den Städte-Statistikern durchgeführt werden, liegt darin, daß die regionale Kenntnis weitaus besser zum Tragen kommen kann. Wir glauben, daß eine gesunde Zusammenarbeit die beste Lösung wäre. Denn eine reine Einseitigkeit der Städte-Statistik, der Universität oder anderer Institute erzeugt wohl nur praktisch nicht verwertbare „Erkenntnis“.

III. Mögliche Konsequenzen

Es liegt nahe, die Aufgaben der Stadtentwicklungsplanung den Statistischen Ämtern zuzuweisen, da hier der größte Teil des auszuwertenden Materials anfällt, das für Analysen notwendig ist. Dieses Amt wird aber zwangsläufig einen etwas ungewöhnlichen – ungewöhnlich für eine herkömmliche Kommunalverwaltung – Aufbau erhalten müssen. Es sollte nämlich, gleichsam wie ein freies Seilende, etwas in der Luft hängen, um so in der Lage zu sein, Arbeitsgruppen bilden zu können, die neben Statistikern und Sozialwissenschaftlern auch die architektonischen Planer und Mitglieder der Kämmerei umfaßt. Es steht außer Frage, daß diese Arbeitsgruppe funktionstüchtig sein muß. In dieser Gruppe könnten z. B. die prinzipiellen Entscheidungen der Stadtentwicklungsplanung einer Gemeinde vorbereitet werden.

Hieraus können wir schon die Notwendigkeit ersehen, daß dieser Planungsstab mit einer relativ großen Beweglichkeit und Bewegungsfreiheit auszustatten ist. Er muß in der Lage sein, mit Hilfe der Dezernenten schnell einen Gedankenaustausch mit anderen Fachämtern – und auch anderen Institutionen – zu pflegen, der in fruchtbare Ergebnisse umgemünzt werden kann. Damit ist der kürzeste Weg angedeutet, der den Informationsprozeß schnell ablaufen läßt. Das soll aber nicht dazu führen, daß diese Arbeitsgruppe zu einer Art „Überamt“ wird, das nur noch dem Oberstadtdirektor, dem Oberbürgermeister oder dem Bürgermeister untersteht, ähnlich etwa wie ein Rechnungsprüfungsamt.

Die angestrebte Freiheit muß wahrscheinlich manchmal recht großzügig gehandhabt werden, auch – speziell den Stadtverordneten gegenüber – wenn es darum geht, echte Meinungsforschung zu betreiben. Denn der Rat, der für die Genehmigung solcher Projekte zuständig ist, kann Sozialforschungsarbeiten nicht nur aufhalten, sondern auch zerreden.

Eine Art Arbeitskontrolle könnte dadurch eingeführt werden, daß in regelmäßigen Abständen die Erfolge, die Ergebnisse und die Projekte in Berichten veröffentlicht werden. Diese Berichte könnten sogar soweit veröffentlicht werden, daß auch die Bevölkerung von den Arbeiten erfährt; damit wäre letztlich auch eine Aufgeschlossenheit für manche Dinge zu erreichen, die für eine Stadtverwaltung oft recht schwierig zu lösen sind.

Was müßte man speziell für diese Abteilung an Arbeitsplätzen und an Arbeitsplatzmöglichkeiten einrichten? Sicherlich muß ein Stab gut qualifizierter Fachleute (in seinem Umfang je nach Größe der Stadt) bestimmt werden. Man braucht Fachleute, die ihre Aufgabe nicht nur als Routinearbeit ansehen. Daneben ist auch eine tadellos funktionierende Statistische Abteilung notwendig, die sich in der Hauptsache mit dem Zusammentragen von Daten befaßt.

Diese beiden Abteilungen müssen über eine relativ gute Bücherei verfügen, um sich immer auf dem neuesten Stand der Information zu halten. Hierzu würden wir aber auch die Möglichkeit rechnen, eigene Fachtagungen abzuhalten¹⁰, eigene Vortragsreihen durchzuführen und eigene Publikationen herauszugeben¹¹. Diese Publikationen beschränken sich nicht auf einfache Analysen; wir meinen vielmehr, sie sollten auch Wegweiser für die Zukunft der Städte sein, nicht nur für die Zukunft der Futurologen, sondern auch für die Zukunft fundierter Prognostik. So ist es selbstverständlich, daß manche Arbeit heiß umstritten und hart umkämpft sein wird; das aber sollte weder die Person des Bearbeiters noch seine Arbeit innerhalb der Verwaltung beeinträchtigen. Solch eine Arbeit soll als Diskussionsgrundlage, als Diskussion überhaupt aufgefaßt und verstanden werden.

Wir wollen noch kurz auf eine andere Publikationsform hinweisen, die allerdings noch recht kostspielig, aber auch recht werbewirksam ist: auf den Film. Der Film ist ein Kommunikationsmittel, das noch längst nicht gut und zweckdienlich genug eingesetzt wird. Diese Möglichkeit der Öffentlichkeitsarbeit sollte man viel mehr einsetzen und gebrauchen.

Weiterhin wird es nicht unwesentlich sein, etwa innerhalb einer organisatorischen Abteilung einen guten Programmierer zu haben, der in der Lage ist, schnell und sicher gewisse Programme durchzuführen. Das müßte auch der Fall sein, wenn noch keine eigene Datenverarbeitungsanlage zur Verfügung steht. Denn man sollte nicht unterschätzen, welche Leistung diese Maschinen gerade mit den stupiden Arbeiten wie Auszählen und Zusammenzählen vollbringen können.

Wir wollen auch nochmals auf die Zusammenarbeit der einzelnen Gemeinden hinweisen, die uns mehr als notwendig erscheint. Gerade die Diskussionen über die kommunalen Neugliederungspläne haben verschiedentlich das Klima für

¹⁰ Unter dem Thema „Urbanität – Plan oder Zufall“ diskutierten am 13. 1. 1968 im Leverkusener Gespräch Kommunalpolitiker die beiden Referate: (P. Drewe) „Sozialwissenschaftliche Aspekte der Stadtentwicklung“ und (L. H. Klaassen) „Plädoyer für kommunale Wirtschaftspolitik“ unter der Leitung von E. Kempf mit den Referenten. Der überregionale Zuhörerkreis (170 Personen) zeigte, daß von den verschiedensten Seiten starkes Interesse an den Fragen der Stadtentwicklung besteht. Referate und Diskussion der Tagung sind in den Beiträgen zur Stadtforschung, H. 3 und 4 des Statistischen Amtes der Stadt Leverkusen, erschienen.

¹¹ Zwar veröffentlicht jedes Statistische Amt das anfallende Zahlenmaterial in irgendeiner Weise, aber die Aufmachung dieser Veröffentlichungen ist manchmal mehr als primitiv. Man sollte auch hier ein gewisses Niveau nicht unterschreiten. Verschiedene Ämter wie München, Augsburg, Köln, Bochum, um nur einige wenige zu nennen, versuchen ein Niveau zu verwirklichen, das eigentlich überall mindestens Durchschnitt sein sollte.

eine gemeindliche Zusammenarbeit verschlechtert, weil sich jede betroffen fühlende Gemeinde soviel wie möglich zu isolieren versucht. Gute Öffentlichkeitsarbeit hätte hier viel eher gemeindliche Zusammenarbeit gefördert. Ein Gedankenaustausch zwischen den Gemeinden könnte daher mehr als anregend sein. Das geht dann auch über den Rahmen einer reinen Statistiker-Tagung hinaus, nicht um Konkurrenz im negativen Sinne zu installieren, sondern um den Austausch von Gedanken einzelner Gemeinden einem größeren Kreis zugänglich zu machen. So behalten alle Tagungen in neuen Funktionszusammenhängen ihre volle Wirkung.

Aus dieser kurzen Beschreibung ist zu ersehen, daß sich

eine ganz neue Entwicklung anbahnt – eine Entwicklung, die besonders dort immer deutlicher gesehen wird, wo sich Fehler in politischen Entscheidungen zu katastrophalen Zuständen entwickeln. Analytische Ansätze, die hier vorgeschlagen werden, hätten, wenn sie schon früher durchgeführt worden wären, vieles an Fehlplanungen verhindern und vor allen Dingen in andere Wege leiten können. Das Risiko einer Fehlentwicklung braucht nicht schicksalhaft hingenommen zu werden. Die von uns skizzierten Neuerungen im städtischen Entscheidungsprozeß deuten auf die bisher noch unausgeschöpften Möglichkeiten hin, die Stadtentwicklung durch eine Verbreiterung der Planungsgrundlagen nicht dem Zufall zu überlassen.